

Grosses Defizit, Streit um kleine Beträge

Thuner Stadtrat (1) Das tiefrote Budget 2021 machte dem Stadtrat zwar Sorgen, war aber grösstenteils unbestritten. Gefeilscht wurde im Detail. Und auf Kosten des Projekts Wasserzauber.

Michael Gurtner

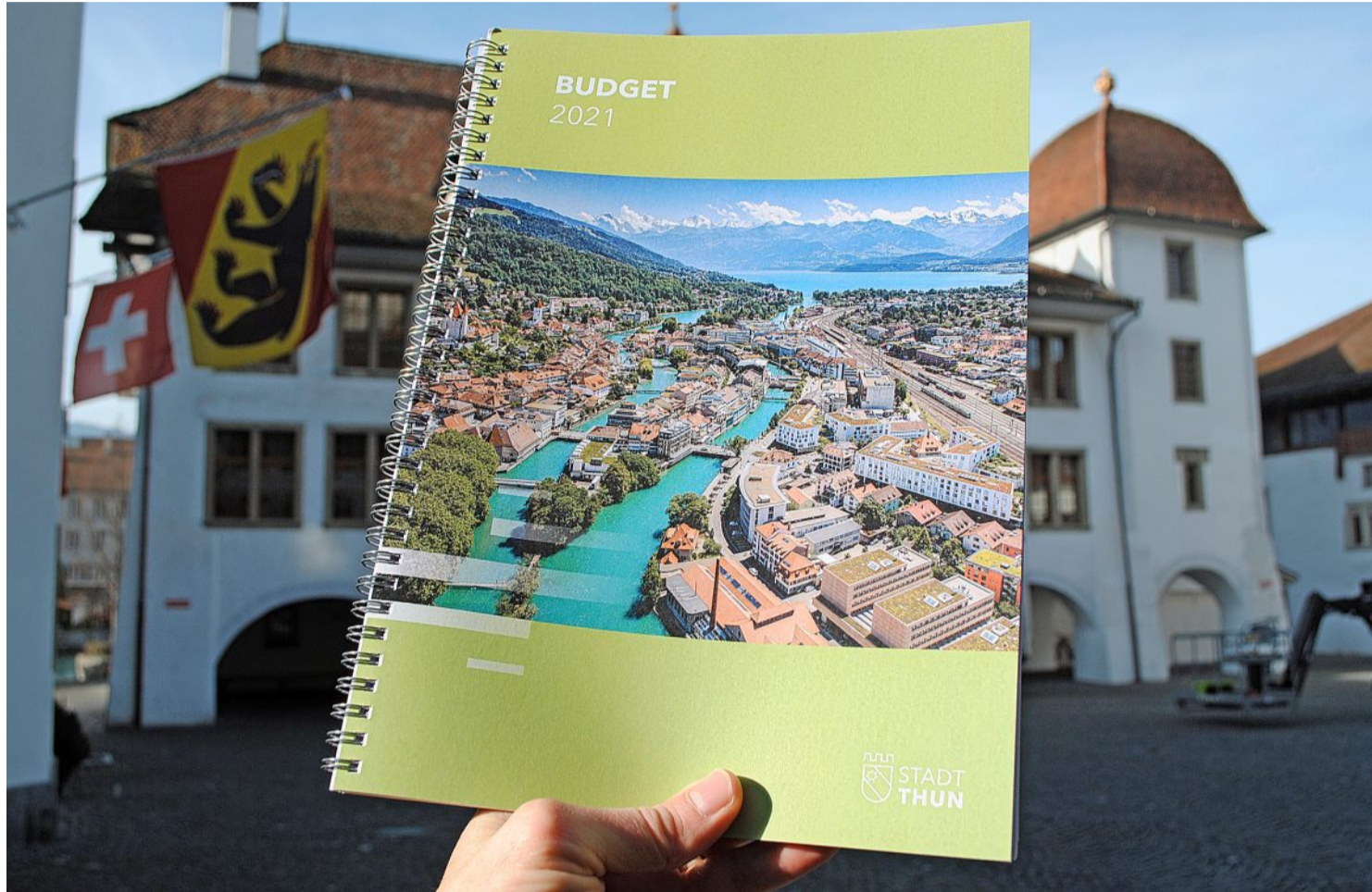
Hellgrün ist die Hauptfarbe der Titelseite jenes Dokuments, das am Donnerstagabend im Thuner Stadtrat im Mittelpunkt stand. Dunkelrot sind viele darin aufgeführte Zahlen. Anlass genug, um tiefschwarzzusehen?

Auf 140 Seiten hat der Gemeinderat das Budget 2021 der Stadt akribisch aufgedrösel. Die Eckwerte dazu sind seit der Medienkonferenz vom 23. Oktober bekannt: ein Minus von 15,7 Millionen Franken im Gesamthaushalt bei einem Aufwand von 303,9 Millionen. Steuereinnahmen von 120,6 Millionen Franken – 5,3 Millionen weniger als im Budget 2020. 67,8 Millionen Franken, die in den kantonalen Lastenausgleich fliessen – 4,8 Millionen mehr als im Voranschlag für das laufende Jahr. Trotz allem Nettoinvestitionen von 33,4 Millionen Franken und Ausgaben für den baulichen Unterhalt in Höhe von 18,3 Millionen.

Investitionen unbestritten

Nun, die Kennzahlen sorgten zwar nicht für Hochstimmung im Rat, natürlich nicht. Aber im Schwarzmalen übten sich die Parlamentsmitglieder nicht. Gerade der letzte Punkt – die hohen Investitionen – war unbestritten. «Ausführungsreife Projekte zurückzustellen, würde Mehrkosten verursachen», sagte etwa die Präsidentin der Budget- und Rechnungskommission BRK, Daniela Huber Notter (BDP). Dass der Investitionsstau gelockert wird, war auch für Barbara Lehmann Rickli (FDP) ein positiver Aspekt. Und das verfügte Stellenmoratorium habe die FDP erfreut zur Kenntnis genommen. Etwas anders sieht dies Katharina Ali-Oesch (SP). Dass keine neuen Stellen geschaffen werden dürfen, sei eine «kurzfristige Sichtweise, das dulden wir nur für ein Jahr».

«Wir können das Defizit einigermassen verschmerzen», sagte Thomas Hiltbold (Grüne). Zu Recht werde das Defizit nicht



Das Budget 2021 der Stadt Thun ist in einem 140-seitigen Dokument zusammengestellt. Im Hintergrund das Rathaus. Foto: Michael Gurtner

durch Entnahmen aus Spezialfinanzierungen in eine rote Null verwandelt. Durch dieses Vorgehen sieht Alois Studerus (Fraktion CVP/EVP/EDU) noch etwas Luft im Budget. Der Gemeinderat behält sich vor, dereinst beim Rechnungsabschluss eine Entnahme aus Spezialfinanzierungen zu tätigen. Für Valentin Borter (SVP) ist wichtig, das Budget als Warnsignal zu sehen: «Wir müssen die Ausgaben noch mehr priorisieren. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.»

Der Fall Mokka

Bei all den Millionenbeträgen im Budget waren es schliesslich zwei vergleichsweise kleine Posten, die im Stadtrat für heftige

Diskussionen sorgten. Im Dezember 2019 hatte das Parlament die Subventionen für die Café Bar Mokka auf neue Beine gestellt – der städtische Beitrag erhöhte sich um 144'000 Franken. Der Gemeinderat entschied, dass dieser Betrag innerhalb der Direktion Bildung Sport Kultur kompensiert werden müsse.

Die BRK stellte nun den Antrag, das Budget um genau diese 144'000 Franken zu erhöhen. «Ein nötiger Schritt», fand Andreas Kübli (GLP). Die Direktion habe nie aufgezeigt, wo genau das Geld eingespart werden soll, kritisierte etwa Katharina Ali-Oesch, die ebenfalls für den Antrag plädierte. Carlo Schlatter (SVP) hingegen wies darauf hin, dass linear gespart werde, also

nicht etwa einseitig bei den Schulen. Der Antrag wurde mit 24 Ja zu 14 Nein bei einer Enthaltung angenommen.

Kein Geld für Wasserzauber

Den zweiten Punkt bezeichnete Thomas Hiltbold als «Haar in der Budgetsuppe». Die Grünen beantragten, bei der Wirtschaftsförderung das Budget um 101'000 Franken zu kürzen. Dieser Betrag ist für das Projekt Wasserzauber mit Licht- und Wassershow auf der Aare beim Hotel Freienhof vorgesehen. Für Hiltbold ist die Zeit nicht reif für das Projekt, zumal in Corona-Zeiten bewährte Anlässe «höchst gefährdet» seien.

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) plädierte hingegen dafür,

sich alle Optionen offenzuhalten. Den Beitrag an den Wasserzauber müsste der Stadtrat erst noch in einem konkreten Kreditgeschäft gutheissen. Der Rat folgte ihm jedoch nicht: Er hiess den Antrag mit 25 zu 14 Stimmen gut – wie beim Fall Mokka mit den Stimmen von links und aus der Mitte.

Ein dritter Antrag von Jonas Baumann (EVP) forderte, bei einem Ja zu den anderen beiden Anträgen in der Direktion Bildung Sport Kultur 43'000 Franken einzusparen – so wäre das Ganze im Gesamtbudget ein Nullsummenspiel. Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit (27 Ja, 9 Nein, 3 Enthaltungen). Das Budget 2021 nahm der Stadtrat schliesslich einstimmig an.

Rougemontweg behält den Namen

Stadtrat (3) Ein Vorstoss zur Sklaverei gab zu reden. Eine Mehrheit wollte nicht, dass die Stadt selber Geld für die Aufarbeitung spricht.

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung, ob und wie Personen und Firmen aus der Region Thun in den internationalen Sklavenhandel verwickelt waren: Das wollten Alice Kropf und ihre SP-Fraktion sowie Thomas Rosenberg (Grüne) mit einem Postulat im Stadtrat erreichen (wir berichteten). Genannt werden im Vorstoss die Familien de Rougemont und de Pourtalès, welche die Schlösser Schadau und Oberhofen besaßen und deren Vermögen zu einem Teil aus Sklavengeschäften stammen würden. Es müsse auch darüber diskutiert werden, den Rougemontweg in der Nähe des Schadauparks umzubenennen. Der Gemeinderat lehnte dies in seiner Postulatsantwort ab. Auch Postulantin Alice Kropf erklärte in der Stadtratssitzung, es gebe Argumente dafür und dagegen. Niemand forderte im Rat explizit eine Umbenennung – dieses Thema dürfte damit vom Tisch sein. Kropf erklärte aber, zumindest eine Kontextualisierung sei notwendig, etwa in Form einer erklärenden Tafel.

Für den Gemeinderat bräuhete es private, nicht städtische Trägerschaften für eine weitere Aufarbeitung. Zusätzliche Ausgaben will die Stadtregierung auch angesichts des Budgetdefizits nicht sprechen. Sollte der Vorstoss aber nicht als erfüllt abgeschlossen werden, würde er dem Stadtrat 2021 einen Kredit unterbreiten. «Es kann nicht sein, dass für solche historischen Untersuchungen zusätzlich Steuergelder der Stadt eingesetzt werden», sagte Christoph Lauener (SVP). «Auch mit wenig Aufwand könnte sich der Gemeinderat engagieren», fand hingegen Alice Kropf.

Das Postulat wurde schliesslich mit 29 zu 10 Stimmen angenommen und mit 26 zu 13 Stimmen als erfüllt abgeschlossen. Einen Kredit wird es somit nicht geben. Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) erklärte aber, dass etwa das Stadtarchiv durchaus helfe, sollten sich Studierende des Themas annehmen wollen. (mik)

Parlament will den Spez-Sek-Artikel streichen

Stadtrat (2) Mit einem knappen Resultat nahm das Thuner Parlament eine Motion an, die vom Gemeinderat verlangt, den Artikel zur Spez-Sek im Bildungsreglement zu streichen.

«Auf der Sekundarstufe I wird für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der Unterricht auf speziellem Sekundarstufenniveau mit erhöhten Ansprüchen (spez. Sek.) angeboten.» So lautet der kurz gehaltene Artikel 8 des Thuner Bildungsreglements. Im Juni hatten die Stadtratsmitglieder Jonas Baumann-Fuchs (EVP), Katharina Ali-Oesch (SP) und Marc Barben (Grüne) mittels Motion verlangt, den Artikel zu streichen.

Sie begründeten dies – mit Blick auf den weggefallenen gymnasialen Unterricht an Oberstufen – einerseits mit organisatorischen Gründen, andererseits aber auch mit Gründen der Chancengleichheit. Während der Debatte tat sich im Parlament ein tiefer Graben zwischen links und rechts auf; am Ende einer emotional geführten Debatte wurde

der Vorstoss zurückgezogen (wir berichteten).

«Spielball der Politik»

Gestern Abend stand das Thema nun in Form einer fast gleichlautenden Motion erneut auf der Traktandenliste des Parlaments. Diesmal stellten sich zusätzlich die Fraktionen SP, Grüne/Junge Grüne, die beiden GLP-Vertreter sowie Reto Vannini und Simon Werren von der BDP hinter den Vorstoss. Der Gemeinderat hatte vorgängig festgehalten, dass sich an seiner Haltung nichts geändert habe, er also auch diese Motion ablehne.

Bildungsvorsteher Roman Gimmel (SVP) erwähnte eingangs, dass heuer überdurchschnittlich viele Vorstösse zur Bildung eingereicht worden sind – was er «aus verwaltungswirtschaftlicher Sicht» als «unver-

nünftig» bezeichnete. «Die Bildung ist zum Spielball der Politik geworden», so Gimmel. Anstatt die Spez-Sek separat zu behandeln, sei es besser, die (ebenfalls durch eine Motion geforderte) Bildungsstrategie abzuwarten, die voraussichtlich im Februar ins Parlament komme. «Dort könnten wir mit einem Dokument vieles gleichzeitig klären – auch die Spez-Sek-Frage.»

Klare Fronten im Rat

Support erhielt Gimmel von bürgerlicher Seite. «Dass die Stufigkeit als Teilaspekt der Bildungsstrategie hier separat behandelt werden soll, ist total daneben», fand Mark van Wijk (FDP). Barbara Klossner (SVP) meinte: «Wir wollen nicht an einem gut funktionierenden System rütteln.» Und Manfred Locher (EDU) forderte, «auf ideologische Scheu-

klappen zu verzichten, sonst ist später eine freie Diskussion über die Bildungsstrategie nicht mehr möglich». Um sich nichts zu verbauen, stellte Peter Aegerter (SVP) den Antrag, das Geschäft bis mindestens im Februar zu

verschieben – was mit 20 zu 18 Stimmen aber abgelehnt wurde.

Gegen den Begriff «unvernünftig» verwahrte sich im Namen der Motionäre Ali-Oesch: «Dem Gemeinderat stand es frei, das Thema schon lange vor uns



Das Oberstufenschulhaus Progymmatte in Thun. Auch hier wird unter anderem auf Stufe Spez-Sek unterrichtet. Foto: Michael Gurtner

aufzugreifen und anzugehen.» Barben sah eine gewisse Dringlichkeit, «denn vonseiten des Kantons besteht schon lange Druck hinsichtlich der gewährten Anzahl Schullektionen». Er wie auch Baumann-Fuchs fanden, dass die Spez-Sek-Frage durchaus losgelöst von der Diskussion um die Bildungsstrategie behandelt werden könne.

Eine Spitze richtete Baumann-Fuchs direkt an Gimmel: «Die Thuner Schule hat in vielen Bereichen Nachholbedarf. Darum gibt es auch relativ viele Vorstösse.» Das erwartbar knappe Resultat wurde letztlich Tatsache: Der Stadtrat nahm die Motion mit 21 zu 18 Stimmen an. Das bedeutet, dass der Gemeinderat nun eine Teilrevision des Bildungsreglements einleiten muss.

Gabriel Berger